Tagesblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.74. — Annahme d. Ankündigungen Marienstr. 38 p. 8-3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klostergasse 6. nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., im Monatsbogen oder nach Beiblättern 20 Pfg. Unterm Strich (eingesandt) Zeile 40 Pfg. Ankündigungen aus der Privatlesestelle Zeile 20 Pfg. Eine Garantie für die nachmalige Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorausbezahlung durch Briefmarken oder Nachnahme.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsbureaus an.

Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Unsere Annoncen-Expedition befindet sich
6 Wilsdruffer Strasse 6
(neben der Dresdner Bank u. vis-à-vis Hotel goldner Engel).
Haasenstein & Vogler, A.-G., Dresden.

Dresden, 1892.

Wilh. Böhme.
Grösstes Lager der neuesten Paletôt- u. Anzug-Stoffe.
Scheffelstr. 6.

Dr. Schumann's Augenklinik
befindet sich wieder
Christianstrasse 14
(gegenüber Dir. Mockmann's Institut).
Poliklinik 12—1 Uhr, Sonntags ungewiss.

Atelier für feine **Corsets** nach Masse; neueste Pariser, Brüsseler und Wiener Modelle.
Heinrich Plaul, Dresden, Waisstr. 25. Fernspr.-A. I, 167.

Reizend garnirte **Brautkissen** in allen Preislagen.
C. Hesse, Kgl. Hofl., Altmarkt.

Photographie von Hahn's Nachf. Specialitäten: **Kinder- und Gruppen-Aufnahmen,** Visitkarten-Photographien 12 Stück 6 Mark, **Vergrösserungen** nach jedem Bild in künstl. Ausführung. Jetzt: Waisenhaus-Strasse 30, gegenüber dem ehemaligen Victoria-Hotel.

Nr. 125. Spiegel: Miquel'sches Steuerprogramm für Preußen. Hofnachrichten, Parade, Kreishauptmann von Salza und Lichtenau, Männer- und Jünglingsvereine, Altersversicherung, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte, Lotterieliste. „Meistersinger von Nürnberg". | **Mittwoch, 4. Mai.**

Politisches.

Im unmittelbaren Zusammenhange mit der geplanten neuen Heeresvorlage, welche über kurz oder lang den Reichstag beschäftigen wird, scheinen die preußischen Steuerreformvorschläge des Finanzministers Miquel zu stehen, welche vor einigen Tagen im Reichsanzeiger veröffentlicht worden sind. Das neue Miquel'sche Steuerprogramm soll zwar in erster Linie die Vollendung der Steuerreform in Preußen und eine Neugestaltung des gesammten Steuerwesens bezwecken; wesentlich dürfte wohl aber auch bei dem Reformplan der Gedanke sein, für Preußen die voraussichtlich nicht unerheblichen Mittel zu beschaffen, welche zur Durchführung der in sicherer Aussicht stehenden Wehrvorlagen erforderlich sein werden.

Soweit es die Veröffentlichung im Reichsanzeiger erkennen läßt, bezweckt die Reform eine grundsätzliche Trennung der Staats- und Gemeinde-Abgaben dergestalt, daß der Staat künftig ausschließlich über die direkten Personalsteuern, die Commune über die Realsteuern als Einnahmequelle verfügt, während das Reich nach wie vor auf die indirekten Abgaben angewiesen bleibt. Der Plan Miquel's geht daher dahin, der Gemeinde die Grund-, Gebäude- und Gewerbe-Steuer zu überweisen. Für die preußische Staatskasse würde dadurch ein Ausfall von etwa 100 Millionen M. entstehen. Dieser soll zunächst durch den Mehrertrag der reformirten Einkommensteuer gedeckt werden, welcher sich mindestens auf 40—50 Millionen belaufen wird. Weiter sollen die bisher den Communen überwiesenen Einnahmen aus den landwirthschaftlichen Zöllen, welche in Folge der neuen Handelsverträge nur noch auf 20—25 Millionen geschätzt werden, in Zukunft der preußischen Staatskasse zufließen. Endlich soll noch eine neue Steuer, eine sog. Vermögenssteuer zur Einführung gelangen, welche auf einer angemessenen Unterscheidung des fundirten und des nicht fundirten Vermögens beruht. Die Einkommensteuer soll allein nicht genügen, um die wirkliche Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen zu erfassen, weil sie alle diejenigen Vermögensobjekte nicht besteuert, welche zur Zeit eine Rente nicht gewähren. Daher soll zur Einkommensteuer gewissermaßen eine Ergänzungssteuer eingeführt werden, so daß alle Vermögensobjekte gleichmäßig herangezogen werden können.

Die Grundzüge des neuen preußischen Steuerprogramms, dessen Einzelheiten noch nicht bekannt sind, finden, von der geplanten Vermögenssteuer abgesehen, eine günstige Beurtheilung. Den Grundlagen des Reformplanes stimmen selbst Diejenigen zu, denen Miquel bisher insofern keine Sympathien abgenöthigt hat, als dieser zu den geschmeidigen Politikern gehört, die gerade in gegenwärtiger Zeit und Lage für kein Glück gehalten werden. Man erhofft von der Durchführung des Projektes eine mustergiltige Neuordnung des preußischen Steuerwesens im Staat und in der Gemeinde, weil beide mit ihren Einnahmequellen je nach ihren Bedürfnissen verfahren könnten, ohne gegenseitig ihre Finanzpolitik zu stören, wie es jetzt beispielsweise durch die gleichzeitige Inanspruchnahme der Einkommensteuer seitens des Staates und der Commune geschieht. Ferner wird lobend hervorgehoben, daß der Steuerplan das Streben nach ausgleichender Gerechtigkeit bekunde welche für den Ausbau der dem Staate verbleibenden Personalsteuern bestimmend sein müsse. Das Steuersystem auf gerechter Grundlage aufzubauen, sei besonders für den Fall erwünscht, daß in einem großen Kriege sich die Nothwendigkeit herausstellen sollte, auf die direkten Staatssteuern durch Zuschläge zurückzugreifen. Diese Art Zwangsanleihe im Kriegsfalle würde auf ganze Klassen der Bevölkerung vernichtend wirken müssen, wenn die Leistungsfähigkeit der zu Besteuernden nicht in gerechter Weise in Anspruch genommen werden könnte.

Der Hauptwiderspruch richtet sich, wie gesagt, gegen die projektirte Vermögenssteuer, welche einen Ausgleich dafür schaffen soll, daß bei der Einkommensteuer das eigentliche Arbeitseinkommen gerade so hoch besteuert wird, als das fundirte Einkommen. Eine Vermögenssteuer würde auch Diejenigen treffen, welche wegen Trägheit oder Ungeschick aus ihrem Besitz nicht die gehörige Rente herausschlagen, ferner Diejenigen, welche einen großen Theil ihres Vermögens in unproduktive Anlagen stecken (in Paläste, Parks, Kunstsammlungen), endlich — und hiergegen wäre sicherlich nicht das Mindeste einzuwenden — auch Diejenigen, die von langer Hand spekuliren, also die Inhaber von Grundstücken sind, die von Jahr zu Jahr einen Vermögenszuwachs, aber noch kein Renteneinkommen bringen. Sehr scharf polemisiren die „Hamb. Nachr." gegen die Besteuerung des ertraglosen Besitzes. Denjenigen gegenüber, welche durch natürliche Unfähigkeit, durch Krankheit, Invalidität oder durch andere Gründe an der Ausnutzung ihres Besitzes verhindert sind, diese Besteuerungsmodus auf den alten Satz hinaus: Wer hat, dem soll gegeben werden, wer nichts hat, dem soll genommen werden. Es wäre dies eine gesetzliche Belastung der Schwachen zu Gunsten der Geschickteren, Kräftigeren und Tüchtigeren. Namentlich auf dem Lande würde eine solche Vermögenssteuer sehr schädliche Folgen haben, indem der kränkliche, schwächliche oder ungeschickte Bauer, der ohnehin weniger erwirbt als sein gesunder, tüchtiger Nachbar, schwer von der Vermögenssteuer getroffen und in Feindschaft gegen den Staat getrieben werden würde, der ihn für körperliche, intellektuelle oder sonstige Schwächen, die ihm anhaften und ihm Schaden bringen, auch mit einer Steuer belegt. Die Vermögenssteuer sei eine Steuer, die allen denjenigen, die nicht das Zeug und das Geschick zum lukrativen Betriebe haben, zurufe: „Ihr seid dumme, unbrauchbare Kerle und müßt folglich für die Klugen mitbezahlen!" Das genannte Hamburger Blatt kommt zu dem Endurtheil, daß die Vermögenssteuer „unter allen Umständen ein brutales, rohes, vexatorisches Gesetz sein und die Tendenz aufweisen würde, den reichen Mann in gehässiger Weise zu treffen", daneben aber die Wirkung hätte, die aus natürlichen Gründen weniger tüchtigen Besitzer zu bedrücken und dadurch die allgemeine Unzufriedenheit zu erhöhen. Die „Hamb. Nachr." vertreten daher die Ansicht, daß direkte Steuern im Prinzip nur von gegenwärtigen Erträgen und Einnahmen entrichtet werden sollen.

Der Ausfall, welcher durch volle Ueberweisung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer an die Gemeinden für den preußischen Staatssäckel entsteht, könnte aber auf andere Weise besser gedeckt werden, als durch die projektirte Vermögenssteuer, gegen die so schwerwiegende Gründe geltend zu machen sind. Um einen gerechten Ausgleich gegenüber der Steuer auf das Arbeitseinkommen herbeizuführen, würde es entschieden vorzuziehen sein, wenn man durch einen Zuschlag zur Einkommensteuer dasjenige Einkommen aus Vermögensbesitz noch besonders besteuerte, welches dem Besitzer ohne besondere Arbeitsleistung als Rente zufließt und ihm daneben noch die Möglichkeit beläßt, auch noch anderweit für seinen Erwerb zu sorgen. Miquel will aus der geplanten Vermögenssteuer etwa 35—50 Millionen herausschlagen, wobei mehr Steuern herauskommen würden, als gegenwärtig in Preußen gebraucht werden und erforderlich sind, um die Ueberweisung der Realsteuern an die Kommunen ausführen zu können. Aller Wahrscheinlichkeit nach soll das Plus mit zur Deckung der zu erwartenden Mehrausgaben für militärische Zwecke dienen. 35—50 Millionen, welche durch die Vermögenssteuer aufgebracht werden sollen, wird aber möglicherweise die reformirte preußische Einkommensteuer mit der Zeit bringen können. Der preußische Finanzminister Miquel veranschlagt das Mehr aus der letzteren sehr niedrig. Als Mehrertrag der Einkommensteuer sind für das laufende Jahr 40 Millionen eingestellt. Nach einer Berechnung der „Leipz. Ztg." würde es jedoch möglich sein, mit der Zeit 70 Millionen einzustellen. Dieser Berechnung sind die Ergebnisse der sächsischen Einkommensteuer zu Grunde gelegt, welche im Jahre 1890 bei einer Einwohnerzahl von 3,500,513 Köpfen einen Ertrag von 19,257,597 Mk., somit 5,5 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung ergab. Würde man die Einkommensteuer in Sachsen nach den Steuerklassen und Steuerfüßen des preußischen Gesetzes erheben, so würde 1) der Ertrag der Klassen bis 900 Mk. wegfallen, 2) der Ertrag der Klassen von 900 bis 7200 Mk. sich vermindern, 3) der Ertrag der Klassen über 7200 Mk. sich erhöhen. „Der zu 1) wegfallende Betrag kann ziemlich genau auf 2 Millionen Mk. berechnet werden, der Mindererertrag zu 2) weniger genau auf ½ Mill. Mk., der Mehrertrag zu 3) gleichfalls nur annähernd auf 1½ Mill. Mk. Das Gesammtergebniß wäre demnach, daß die sächsische Einkommensteuer bei Zugrundelegung der Steuerstufen und Steuersätze Preußens eine Million Mk. weniger als jetzt, also rund 18 Mill. Mk. einbringen würde. Einem Ertrag von 18 Mill. Mk. bei 3½ Millionen Einwohnern in Sachsen entsprechen in Preußen bei 30 Millionen Einwohnern rund 155 Mill. Mk., mit anderen Worten: die preußische Einkommensteuer würde bei gleicher schärfer Einschätzung wie in Sachsen und bei gleicher Steuerkraft der Bevölkerung einen Ertrag von 155 Millionen Mk. ergeben müssen, während im vorigen Jahre nur 80 Millionen veranschlagt waren und im laufenden Jahre thatsächlich etwa 120 Millionen einkommen werden. Ueber den Voranschlag der von Miquel veröffentlichten „Grundzüge" hinaus wären das ungefähr 35 Millionen Mk., also genau so viel, als man durch die künftige Vermögenssteuer aufbringen will. Gleiche Steuerkraft und gleichscharfe Einschätzung voraus gesetzt, wäre damit erwiesen, daß es dieser Vermögenssteuer zur Durchführung der Miquel'schen Steuerreform nicht unbedingt bedarf." —Lo.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 3. Mai.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus nahm den Nachtragsetat (Gehalt für den Ministerpräsidenten) in zweiter Lesung nach längerer Debatte einstimmig und unverändert an. Von freisinniger Seite wurde eine Erklärung darüber verlangt, ob, wenn der gegenwärtige Vicepräsident des Ministeriums (v. Bötticher, der nur als Staatssekretär vom Reiche, nicht aber als Minister von Preußen Gehalt bezieht), seine Entlassung nimmt, sein Amtsnachfolger Gehalt beziehen soll. Finanzminister Miquel erklärte das für eine Doktorfrage; voraussichtlich würden praktisch alle Bedenken hinfällig sein. Durch den heutigen Beschluß des Hauses werde einer anderweiten Gestaltung im nächsten Etat nicht vorgegriffen. Dann wurde in die zweite Berathung des Berggesetzes eingetreten. Die von der Kommission gestrichene Bestimmung, daß die Art der Lohnbemessung für den Fall, daß eine Vereinbarung über das Geding nicht zu Stande kommt, in die Arbeitsordnung aufgenommen werden muß, wurde wieder hergestellt. Auf Antrag Hammachers sollen ferner die Gründe, aus denen die Verhängung von Strafen erfolgen kann, in die Arbeitsordnung aufgenommen werden. — Weiterberathung morgen.

Berlin. Für den Himmelfahrtstag ist von Seiten des Deutschen Radfahrerbundes eine große Korsofahrt von Hamburg nach Friedrichsruhe zu Ehren des Fürsten Bismarck geplant. — Das Staatsministerium beschäftigte sich heute mit dem im Abgeordnetenhause eingebrachten Antrag, betreffend die Freilegung der Umgebung des Schlosses. Das Ministerium soll sich einstimmig gegen jedes damit in Verbindung zu bringende Lotterieprojekt erklärt haben. — Der Berliner Architektenverein hat einen Preis von 500 Mk. für einen geeigneten Lagerplan für die Berliner Weltausstellung ausgesetzt. — Die „Post" schreibt: Als Ergebniß der mehrfachen Verhandlungen über den Nachtragsetat, der heute in 2. Lesung unverändert angenommen worden ist, darf man konstatiren, daß auf allen Seiten des Hauses der gute Wille vorhanden ist, sich unter einander und mit der königlichen Staatsregierung zu vertragen und zu verständigen. Man fühlt überall, daß Einigkeit im Innern noththut und man ist nicht gewillt, den durch das Scheitern des Schulgesetzes hergestellten Frieden frevol zu stören. — Die preußischen Eisenbahndirektionen sind durch ministeriellen Erlaß wiederholt angewiesen worden, bei Beschaffung von Hölzern für Eisenbahnzwecke in erster Linie die Verwendung inländischen Holzes in's Auge zu fassen. — Die Anarchistenverhaftungen und die Haussuchungen in Berlin vom Montag zum Dienstag voriger Woche stehen im Zusammenhange mit den in Leipzig vor dem Amtsgerichte demnächst zur Verhandlung kommenden Hochverrathsprozessen gegen die im Februar in Berlin verhafteten Anarchisten und Unabhängigen. — Die Entwürfe für die Fortführung der Reform der direkten Steuern sollen, bevor sie an den Landtag gelangen, dem Staatsrathe vorgelegt werden. — Der diesjährige Anthropologen-Kongreß tritt am 31. Juli in Ulm zusammen. — Der an der Spitze des englischen Hilfskomitees für die Nothleidenden in Rußland stehende Prediger der englisch-amerikanischen Gemeinde in Petersburg, Francis, ist auf seiner Durchreise durch Berlin interviewt worden und hat erklärt, er sei fest überzeugt, daß die Hungersnoth in Rußland im bevorstehenden Erntejahre noch größer sein werde, als im laufenden. Es fehle an Saatenkorn, vor Allem aber seien die Pferde infolge des Futtermangels gefallen und dann seien die Menschen infolge der Noth zu kraftlos, um die Felder zu bearbeiten. Auch in den deutschen Kolonieen sehe es trostlos aus. — Die Berliner Mastvieh-Ausstellungen gehen von Jahr zu Jahr zurück. Die morgen zu eröffnende 18. Ausstellung hat nur 697 Stück aufzuweisen gegen 1351 im Jahre 1888. Sehr willkommen ist die Wiederkehr der Zuchtgenossenschaft für das Meißner Schwein, die im vorigen Jahre ausgeblieben war. — Die Gläubiger des Kommerzienrath Wolff erhalten 20 bis 23 Prozent. Der verfügbare Massenbestand beträgt 2.1 Millionen.

Leipzig. Der Cantor an der Thomasschule, Prof. Rust, ist gestorben.

Gotha. Der geschäftsführende Ausschuß des Lokalkomitees für die Feier der goldenen Hochzeit des herzoglichen Paares hat an dasselbe ein von Gustav Freytag verfaßtes Glückwunschschreiben gerichtet, in welchem die zu Ehren des Jubelpaares erfolgende Errichtung eines Genesungshauses auf dem Thüringer Walde angezeigt wird.

Düsseldorf. Dem ersten Staatsanwalt Jaenisch sind in den jüngsten Tagen mehrfache Drohbriefe zugegangen, unterschrieben: „Die Anarchisten Düsseldorfs!"

Breslau. Sämmtliche Arbeiter der in der Nähe von Tarnowitz gelegenen Erzförderungen der oberschlesischen Eisenindustrie, sowie die Arbeiter in den Werken des Grafen Guido Henckel von Donnersmark haben infolge von Lohnreduktionen die Arbeit niedergelegt.

München. In der vergangenen Nacht gegen halb 2 Uhr brach in der Porzellanfabrik zu Nymphenburg Feuer aus, welches bis früh ¼4 Uhr andauerte. Der durch Zerstörung an Gebäuden und Formen verursachte Schaden ist beträchtlich.

Wien. Abgeordnetenhaus. Der Justizminister erklärte auf eine Interpellation Zallinger's wegen einer blasphemischen Stelle in dem von der „N. Fr. Pr." veröffentlichten Wildbrandt'schen Roman „Hermann Ifinger", der Staatsanwalt habe das subjektive Strafverfahren wegen des Verbrechens der Religionsstörung beantragt. Das Unterbleiben der Beschlagnahme der bezüglichen Exemplare sei ein bedauerliches Versehen, aber bei den bisherigen Tendenzen des Autors erklärlich.

Brüssel. Eine Bombe mit erloschenem Zünder wurde in dem Hofe hinter dem Palast des Königs gefunden. Der Ministerpräsident, der Chef der Nationalbank, kirchliche Würdenträger und andere hervorragende vornehme Personen erhielten Drohbriefe.

Lüttich. Der des gestrigen Attentats verdächtige Deutsche Georg Veth, Maschinenreisender aus Aachen, ist gestern hier eingetroffen. Die wüthende Menge hätte sich an demselben fast thätlich vergriffen, obwohl er unschuldig erscheint.

Lissabon. Der Regierungsanzeiger veröffentlicht ein Dekret, welches festsetzt, daß Jeder, der Dynamit, Melinit oder irgend einen anderen Explosivstoff gegen Personen oder Gebäude anwendet, mit 18 Jahren Zuchthaus und 20 Jahren Ehrenverlust bestraft werden soll.

Petersburg. Die Kaiserin, die Großfürstin Xenia, sowie Großfürst Michael Alexandrowitsch werden zwischen dem 13. und 15. Mai von ihrer Reise nach dem Kaukasus hier zurückerwartet. — Die Frage der Freigabe des Exportes der Liebauer, Rigaer und Revaler Hafervorräthe wird heute oder morgen in der unter dem Vorsitze des Geh. Rathes Abaza tagenden Kommission berathen. Gleichzeitig wird die Frage der Mais-Ausfuhr verhandelt. Heute wird die Vorlage, betreffend die Auswanderung russischer Juden auf Grund der Vorschläge des Baron von Hirsch im Ministerkomitee verlesen.

Die **Berliner Börse** eröffnete schwach im Anschluß an auswärtige Notirungen und Nachrichten über Bergarbeiter-Ausstände in Oberschlesien, sowie Gerüchte über Unruhen an der serbisch-bulgarischen Grenze. Das Geschäft war im Allgemeinen still. Die leitenden Banken gaben ziemlich erheblich nach. Bergwerke setzten zwar fest ein, schwächten sich aber bald ab. Von Eisenbahnen namentlich böhmische niedriger, auch Ostpreußen und Marienburger weichend. Fremde Renten still und abgeschwächt. Die Börse schloß nach vorübergehender Befestigung schwach. Kassaverkehr ruhig bei vorwiegend fester Tendenz. Deutsche Anlagewerthe gut behauptet und theilweise besser. Privatdiskont 1½ Prozent. Nachbörse schwach. — Wetter: Bedeckt. Westsüdwestwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 273½, Disconto 193.60, Dresdn. Bk. 149.20, Staatsb. 246½, Lomb. 75½, Laura 109,00, Ung. Gold. 93,10, Portugiesen 26.60. Still.

Paris. Schluß. Rente 96.95, Italiener 89,75, Spanier 59⅝, Portugiesen 27, Türken 17,95, Türkenlose 77,00, Ottomanbank 564,00, Staatsbahn 617,50, Lombarden 211.25. Matt.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per Mai 23.80, per Septbr.-Decbr. 24.60, matt. Spiritus per Mai 45,10, per September-December 41,25, fest. Rüböl per Mai 55,75, per September-December 56,25, fest.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per Mai 203, per Novbr. 211, Roggen per Mai 184, per October 161.

Oertliches und Sächsisches.

— Ihre Majestäten der **König** und die Königin sind gestern Vormittag 9 Uhr 19 Minuten hier wieder eingetroffen. Vom Hof aus bedienten sich Ihre Majestäten eines von Herrn Transportdirektor Winkler begleiteten Königl. Sonderzuges. Auf dem Böhmischen Bahnhofe stieg das Gefolge aus, während die hohen Herrschaften direkt bis Strehlen fuhren. Daselbst wurden sie von den Prinz Georg'schen Herrschaften und Ihren Königl. Hoheiten Prinz und Prinzeß Friedrich August begrüßt. Bald darnach erschien Se. Majestät der König im Königl. Schloß und nahm die Vorträge der Herren Staatsminister und Hofdepartementschefs entgegen, worauf später mehrere Meldungen erfolgten.

— Ihre K. K. Hoheit Prinzeß **Friedrich August** ist gestern früh in Begleitung des Herrn Hofmarschall Freiherrn v. Seltzensteln und der Hofdame Freiin von Ende von Salzburg hier wieder eingetroffen. Der Besuch galt den Großherzoglich Toskanischen Herrschaften und der ersten Communion der Schwester der Frau Prinzeß, der Erzherzogin Anna.

— Dem Oberdirektor der Königl. Erzbergwerke Oberbergrath **Oskar Bilharz** zu Freiberg wurde die nachgesuchte Versetzung in den Ruhestand, unter Belassung seines Titels und Ranges und Gewährung der gesetzlichen Pension, bewilligt. An Stelle des in Ruhestand Getretenen wurde der zeitherige Stellvertreter des Oberdirektors, Betriebsdirektor **Heinrich Fischer** in Freiberg, zum Oberdirektor ernannt.

— Nach einer gestern Nachmittag vom Landeskulturrath in Prag hier eingegangenen Depesche ist infolge erneuten **Steigens der Gewässer** heute (Mittwoch) Abend in Dresden ein Wasserstand von 105 Ctmr. über Null zu erwarten.

— Die am Freitag hier stattfindende **Frühjahrs-Parade** wird von Sr. Excellenz dem Generalleutnant v. Kirchbach besichtigt. Im ersten Treffen stehen die Grenadierregimenter Nr. 100 und 101 und das Kadettenkorps, kommandirt vom Generalmajor v. Isendorf, ferner das Schützen-(Füsilier-)Regiment Nr. 108, das 1. und 2. Jäger- und das Pionier-Bataillon, befehligt vom Generalmajor v. Raab. Im zweiten Treffen befehligt Oberst Freiherr v. Hammerstein das Gardereiter- und das 1. (Königs-)Husarenregiment Nr. 18, Generalmajor Haberland die in der Parade stehenden Truppen der Feldartillerie und des Trains. Die Fußtruppen tragen zur Parade weiße Beinkleider. Das 1. Jägerbataillon trifft heute hier ein, wird hier verquartiert und rückt am 7. Mai wieder nach Freiberg ab. Das 1. (Königs-)Husarenregiment Nr. 18 wird

Friedrich & Glöckner's
Zwingerstr. 15, Schäferstr. 24 u. Löbtau.
Spec.-Geschäfte f. Lacke, Firnisse u. Farbenwaaren, eigene Fabrikation.